

# Pressemitteilung

## **BWKG formuliert Forderungen an eine neue Bundesregierung**

### Scheffold: Baden-württembergische Gesundheitseinrichtungen brauchen sicheren und verlässlichen Rahmen

Ihre Ansprechpartnerin:  
Annette Baumer  
Referentin für  
Presse und Politik  
Telefon 0711 25777-45  
Telefax 0711 25777-99  
baumer@bwkg.de

Stuttgart, 18.10.2021

„Eine neue Bundesregierung muss sich sehr intensiv mit der Situation und Zukunft der Gesundheitseinrichtungen befassen. Wir erwarten von den Verhandlern aus dem Land, dass sie die zentralen Punkte in die anstehenden Koalitionsverhandlungen einbringen und dabei vor allem die baden-württembergische Perspektive im Blick haben“, fordert Heiner Scheffold, der Vorstandsvorsitzende der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG). Mit Blick auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen habe die BWKG die zentralen Forderungen der baden-württembergischen Gesundheitseinrichtungen zusammengefasst und den potentiellen Verhandlungspartnern aus dem Land übermittelt.

„Die neue Bundesregierung muss für einen sicheren und verlässlichen Rahmen für die Gesundheitseinrichtungen im Land sorgen. Ganz zentral für die Krankenhäuser, Reha-Kliniken und Pflege-Einrichtungen ist, dass die neue Bundesregierung den Personalmangel ins Zentrum ihrer Politik stellt und hier Lösungen findet“, so Scheffold weiter. Auch die nachhaltige Finanzierung der Digitalisierung und der Abbau der Bürokratie seien Themen, die alle Gesundheitseinrichtungen gleichermaßen betreffen.

„Aus Sicht der Krankenhäuser ist es überfällig, dass die Finanzierung der überdurchschnittlich hohen Personal- und Sachkosten im Land endlich in der Krankenhausfinanzierung berücksichtigt wird“, so der Vorstandsvorsitzende weiter, der auch Landrat des Alb-Donau-Kreises ist. Außerdem müsse es den Krankenhäusern ermöglicht werden, mehr ambulante Leistungen anzubieten. Nur so sei es möglich, die Versorgung der Menschen in den kommenden Jahren sicherzustellen. Scheffold fordert, dass „der „kalte Strukturwandel“ über eine unzureichende Finanzierung gestoppt und die zukünftige Krankenhausstruktur in einem abgestimmten, definierten und demokratisch legitimierten Prozess entschieden werden muss.“

„Die medizinische Rehabilitation muss endlich die Aufmerksamkeit und Unterstützung erhalten, die sie verdient“, fordert Scheffold. Dazu müsse beispielsweise der Zugang der Patientinnen und Patienten zu einer Reha vereinfacht, die Pflegeversicherung an der Finanzierung beteiligt und auch der finanzielle Rahmen der Kliniken verbessert werden.

„In der Altenpflege ist in den vergangenen Jahren viel passiert. Dennoch besteht bei den Eigenanteilen der Pflegebedürftigen weiter Handlungsbedarf und die Bürokratiebelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss dringend auf den Prüfstand“, so Scheffold.

Weitere Informationen zu den Forderungen der BWKG an eine neue Bundesregierung sind in der Anlage zusammengefasst. Die BWKG hat sich mit diesen Forderungen an die potentiellen Verhandlungsteilnehmer aus dem Land gewandt.

**Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft e.V. (BWKG) ist ein Zusammenschluss von 475 Trägern mit 201 Krankenhäusern, 132 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie 691 Pflegeeinrichtungen (davon 108 ambulante Pflegedienste und 50 Einrichtungen der Eingliederungshilfe), die über insgesamt 120.937 Betten/Plätze sowie ambulante Behandlungskapazitäten verfügen. Die Einrichtungen beschäftigen mehr als 190.000 Mitarbeiter. Die BWKG wurde 1953 von den vier regionalen Krankenhausverbänden und –arbeitsgemeinschaften gegründet, die es damals auf dem Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg gab. Sie steht Einrichtungen unabhängig von deren Rechtsform und Trägerstruktur offen. Die Mitgliedschaft ist freiwillig.**